

Elbkurier

Das offizielle Informationsblatt **CDU Kreisverband Magdeburg**

Seite 2

Investitionsbank
erfolgreich gestartet

Seite 7

Diskussion über
Benesch-Dekrete

Seite 8

Kurzvorstellung
der 14 CDU-Stadträte

Seite 10

Uni forscht an
Energiequellen

Seite 11

Stadtumbau à la SPD
...Mieter müssen raus

Seite 15

Partnerschaft mit
Siebenbürger Sachsen

Auf neuen Vorstand warten große Aufgaben

Nach der Satzung des CDU-Landesverbandes Sachsen-Anhalt muss der Kreisparteitag mindestens in jedem zweiten Kalenderjahr zur Neuwahl des Kreisvorstandes einberufen werden. Es ist also wieder soweit, dass wir neu bestimmen müssen, welche Frauen und Männer die CDU Magdeburgs für die nächsten zwei Jahre führen sollten. Kommunal- und Europawahlen liegen hinter uns, die Landesregierung hat im Frühsommer ihre Halbezeitbilanz vorgelegt.

Der neu zu wählende Kreisvorstand wird also auch die Bundestags- und Landtagswahlen 2006 vorzubereiten haben. 15 Jahre nach der Wende leben wir weiterhin in Zeiten gewaltiger gesellschaftlicher Veränderungen. Die Europäische Union ist größer geworden und wird sich demnächst eine neue Verfassung geben. Hier in Deutschland müssen wir die Wirtschafts- und die Sozialpolitik unter den Bedingungen der Globalisierung umgestalten.

Die Union hat sich in wichtigen Fragen, obwohl nicht in der Regierungsverantwortung, diesen Reformen

nicht verweigert. Freilich werden auch wir jetzt für die schlechte Umsetzung einer Arbeitsmarkt- und Sozialreform mit in die Haftung genommen. Hier gilt es, wo Fehler gemacht werden, deutlich und schnell Korrekturen einzufordern und durchzusetzen. Die fünf Magdeburger Landtagsabgeordneten haben jeder für sich in der Fraktion ihr Aufgabengebiet gefunden und vertreten auch die Magdeburger Interessen mit großem Nachdruck.

Der Stadtrat hat sich konstituiert und die Ratsfraktion hat unter bewährtem Vorsitz von Reinhard Stern ihre Arbeit aufgenommen. Die Mehrheiten im Stadtrat sind unübersichtlich, wovon die Wahl des Vorsitzenden des Stadtrates uns eine erste Kostprobe geben konnte. Unser Wahlprogramm bleibt unsere politische Alternative für Magdeburg. Wir werden Fall bezogen Mehrheiten suchen und Wege finden, unsere Forderungen durchsetzen zu können.

Der Kreisvorstand hat in der Vergangenheit kontinuierlich und auch erfolgreich gearbeitet. Dieses ist dem Engagement aller Kreisvorstands-

mitglieder zu verdanken, die unterschiedlichste persönliche und politische Erfahrungen einbringen konnten. Die CDU ist eine Partei, die alle sozialen Schichten vertritt. Sie ist keine Klientelpartei und schon gar keine Klassenkampfpartei. Nur eine ausgewogene Mitgliedschaft und Gremienbesetzung können gewährleisten, dass wir den gesellschaftlichen Ausgleich schon in unserer eigenen Arbeit finden können. Wir wollen auch weiterhin Volkspartei im umfassenden Sinne des Wortes sein. Gleichwohl bitte ich, besonders Frauen und Jugendliche, zu überlegen, ob sie für eine Kandidatur zum Kreisvorstand zur Verfügung stehen. Eine satzungsgemäße Einladung zum Kreisparteitag wird allen Magdeburger CDU-Mitgliedern rechtzeitig zugehen.

*Kreisvorsitzender
Jürgen Scharf, MdL*

Kreisparteitag mit Neuwahlen des Kreisvorstandes

Wann: Samstag, 09.10.2004,
10.00 Uhr

Wo: RAMADA Hotel
Magdeburg,
Hansapark 2

CDU steht zu Hartz IV - aber handwerkliche Fehler beseitigen

Der CDU-Kreisvorstand Magdeburg hat sich auf seiner turnusmäßigen Sitzung am 10. August 2004 unter anderem mit der Umsetzung der so genannten "Hartz IV"-Gesetze beschäftigt und Gespräche mit der Stadt Magdeburg und der Magdeburger Arbeitsagentur ausgewertet. Stellvertretend für den Magdeburger CDU-Kreisvorstand vertritt der Vorsitzende Jürgen Scharf, MdL die Auffassung, dass eine Einführung der Reform zum 01.01.2005 möglich ist.

"Die Magdeburger CDU hat sich sowohl bei der Stadt Magdeburg als auch bei der Arbeitsagentur über

den Stand der administrativen Umsetzung der Reform informiert und hält zumindest in Magdeburg die Umsetzung der Reform zum 01.01.2005 noch für möglich, wenn alle Verantwortlichen weiterhin konzentriert zusammenarbeiten, die Bundesregierung endlich ihre handwerklichen Fehler beseitigt und eine entsprechende Aufklärungskampagne durchführt und gleichzeitig auf Bundesebene konsequent dafür gefochten wird, die spezifischen Belange des Arbeitsmarktes in den neuen Bundesländern angemessen zu berücksichtigen.

Fortsetzung Seite 4



Für den CDU-Kreisverband Magdeburg gibt es keine Alternative zu grundlegenden Reformen des verkrusteten Arbeitsmarktes in Deutschland. Mit 4,5 Mio. Arbeitslosen darf sich niemand abfinden.

Manfred Maas: Die Investitionsbank ist erfolgreich gestartet



FDP-Mitglied Manfred Maas, Jurist, war vor seinem Wechsel in die Investitionsbank Staatssekretär im Wirtschaftsministerium.

Elbkurier: Herr Maas, Sie sind vor gut einem halben Jahr vom Posten eines Staatssekretärs im Wirtschaftsministerium in die neu geschaffene Investitionsbank des Landes Sachsen-Anhalt gewechselt. Was hat Sie zu diesem Schritt bewogen?

Maas: Lassen Sie mich dazu Ministerpräsident Böhmer sinngemäß zitieren, der bei meiner Verabschiedung gesagt hat, dass mein Wechsel im Wirtschaftsressort eine Lücke reißt, ich aber in der Investitionsbank einen wichtigeren Beitrag für das Land leisten kann.

Elbkurier: Soweit die freundlichen Worte des Ministerpräsidenten... Wie sehen Sie es selbst?

Maas: Ich habe seit 1990 in verschiedenen Funktionen im Wirtschaftsministerium des Landes gearbeitet und fühle mich mit der Wirtschaft des Landes sehr eng verbunden. Das bringe ich nun voll in die Investitionsbank ein. Hinzu kommt nun auch die Finanzierung ohne Fördermittel.

Elbkurier: Was kann die Investitionsbank, was das bisherige Landesförderinstitut nicht konnte?

Maas: Das Förderinstitut hat auch bisher viele Programme der Landesregierung umgesetzt. Das setzen wir natürlich fort. Aber die Investitionsbank wird dort ansetzen, wo die jungen Unternehmen des Landes aufgrund ihrer Eigenkapitalchwäche die größten Schwierigkeiten haben, nämlich bei der

Finanzierung. Wo die Geschäftsbanken zu Finanzierungen nicht mehr bereit sind - auch wegen Basel II - dort wollen wir zukunfts-fähigen, jungen aber kapitalschwachen Unternehmen des Mittelstandes weiterhelfen.

Elbkurier: Wie muss man sich das vorstellen?

Maas: Wir haben vier neue Produkte im Angebot, die auf diese Lage der Unternehmen maßgeschneidert sind. Das sind zum einen zwei Programme der KfW (Kreditanstalt für Wiederaufbau). Hier wird die Existenzgründung gefördert und ein Startgeld angeboten. Dieses Angebot läuft bei uns sehr gut, weil es die Hausbanken wegen zu geringer Margen kaum mehr anbieten.

Außerdem bieten wir ein Existenzgründerinvestitionsdarlehen als eigenes Produkt an, das bis zu fünf Jahre nach der Gründung für Investitionen von 20.000 bis 250.000 Euro zinsgünstig und zwei Jahre tilgungsfrei zur Verfügung steht. Viertens bietet die Investitionsbank ein "Mezzaninedarlehen" an, ...

Elbkurier: ... Das klingt nach Urlaub in Italien. Den Begriff müssen Sie erklären!

Maas: Der Begriff kommt tatsächlich aus der italienischen Renaissance und bezeichnet ein Zwischengeschoss zwischen zwei Hauptgeschossen. Mit diesem Darlehen wollen wir die chronische Eigenkapitalchwäche unserer Unternehmen ausgleichen, indem unser Darlehen bei den Hausbanken wie zusätzliches Eigenkapital der Unternehmen wirkt und damit die Kreditwürdigkeit deutlich erhöht.

Elbkurier: Wie laufen diese Programme an?

Maas: Alle vier zusätzlichen Programme werden gut angenommen.

Elbkurier: Reicht das, um der lahrenden Wirtschaft Beine zu machen?

Maas: Das ist ja nicht alles. Wir haben ein Förderberatungszentrum aufgebaut, das als zentrale Anlaufstelle für alle Unternehmer da ist. Wir nehmen uns Zeit, sprechen Projekte durch, prüfen Investitionspläne und helfen bei der

Finanzierung.

Elbkurier: Mit welchem Erfolg?

Maas: Wir hatten bereits einige Tausend Anfragen. Daraus sind über 200 Finanzierungsanträge geworden. Das ist ein toller Anfang.

Elbkurier: Wie kann die Investitionsbank höhere Kosten und größere Risiken tragen?

Maas: Wir sind nicht besser als die privaten Banken. Wir haben im Gegensatz zu den Geschäftsbanken auch nach 2005 die Gewährträgerhaftung des Landes im Rücken und damit ein günstiges Rating, was uns eine günstige Refinanzierung am Kapitalmarkt ermöglicht. Die Banken müssen an ihr eigenes Rating denken und deshalb sehr ertrags- und kostenbewusst arbeiten. Da fallen die kleinen und mittleren Unternehmen mit geringem Eigenkapital leicht hinten runter. Hier setzen wir an mit intensiver Beratung und günstigen Konditionen.

Die Investitionsbank füllt eine Lücke im Kreditgeschäft.

Elbkurier: Das hört sich nach Streit mit den privaten Banken an...



Der Sprecher der neu gegründeten Investitionsbank des Landes, Manfred Maas, im Gespräch mit dem stv. CDU-Kreisvorsitzenden Wilfried Köhler. Die Investitionsbank sitzt nicht zufällig im Zentrum der Macht - in Wurfweite von Landtag, Staatskanzlei und Dom. Sie soll nach dem Willen der Landesregierung die Belebung der Wirtschaft forcieren. Fotos: Birgit Uebe

Maas: Ganz und gar nicht. In unserem Verwaltungsrat sitzen vier Banker, die hier sehr genau hinsehen. Wir finanzieren keine Umschuldungen und wir nehmen den Banken kein Geschäft weg. Die Investitionsbank füllt vielmehr eine Lücke im Kreditgeschäft.

Elbkurier: Sehen das die anderen Banker ebenso?

Maas: Ja! Helmut Seibert von der Volksbank hat ausdrücklich unsere Angebote begrüßt. Wir übernehmen bestimmte Risiken und tasten das Hausbankprinzip nicht an. Das funktioniert!

Wir werden nicht jedem Hilfesuchenden helfen können. Der Maßstab ist die Kapitaldienstfähigkeit und die Wettbewerbsfähigkeit eines Unternehmens.

Elbkurier: Also die Investitionsbank ist gut angelaufen. Aber Sachsen-Anhalt trägt weiter die rote Laterne auf dem Arbeitsmarkt und jeden Montag ziehen Tausende von Demonstranten durch Magdeburgs Straßen. Wie geht es weiter?

Maas: Es wird auch mit unseren Bemühungen erst allmählich gelingen, die Unternehmerlücke zu schließen und Arbeitsplätze zu schaffen. Ich warne jedenfalls davor, die Fehler aus den 90er Jahren mit großen Konsolidierungsprogrammen zu wiederholen. Das geht am Markt vorbei. Erstens verliert man Geld und

zweitens stört man den Wettbewerb. Ich möchte dazu Ihren Parteifreund Lothar Späth zitieren, der gesagt hat: "Wir haben Mitte der 90er Jahre in allen neuen Ländern viel zu viele Unternehmen vor dem Friedhof hin- und hergetragen,..." *Fortsetzung Seite 3*

Wir helfen, wo die Geschäftsbanken nicht mehr bereit sind

...um sie schließlich doch zu beerdigen". Wir werden nicht jedem Hilfesuchenden helfen können. Der Maßstab ist die Kapitaldienstfähigkeit und die Wettbewerbsfähigkeit eines Unternehmens.



Elbkurier: Und das soll die Politik den Demonstranten erklären?

Maas: Solange Politik nicht den Mut hat, die Steuer- und Abgabenlast für Unternehmen zu senken, sind viele Unternehmen nicht wettbewerbsfähig. Hartz IV ist ein Schritt in die richtige Richtung, aber die Besonderheiten der neuen Länder sind nicht berücksichtigt. Ich habe deshalb Verständnis für die Demonstranten, aber nicht für den Populismus der PDS.

Elbkurier: Wie sollte es nun Ihrer Ansicht nach weitergehen?

Maas (zögert): Ich bin Banker, kein Politiker. Die Politik muss ihre Linie jetzt durchhalten. Das Schlimmste wäre, wenn die Politik in Deutschland ihre Berechenbarkeit noch mehr verlieren würde.

Elbkurier: Seit dem 1. Mai hat sich die EU nach Osten ausgedehnt. Viele Betriebe verlagern Produktionsstätten. Die Löhne betragen dort nur ein Bruchteil Ostdeutschlands und unsere Sozialhilfe ist mehrfach höher als die Realeinkommen der Neumitglieder. Wie soll das gehen?

Maas: In der Tat sind die neuen Länder in eine Art "Sandwichlage" geraten. Die hochproduktive Industrie im Westen und die Billiglohnkonkurrenz im Osten. Ich sehe Zweigbetriebe in den neuen EU-Mitgliedstaaten nicht nur negativ, sondern als Maßnahmen zur Stabilisierung der Betriebe...

Die Bundesregierung ist leider völlig sprachlos und ohne Instrumente!

Elbkurier: ...und wir bleiben stabil bei 20% Arbeitslosigkeit und anhaltender Abwanderung?

Maas: Die Bundesregierung ist lei-

der völlig sprachlos und ohne Instrumente!

Elbkurier: Und die Landesregierung?

Maas: Ministerpräsident Böhmer hat schon vor Monaten vorgeschlagen, Sachsen-Anhalt zu einer Modellregion für bessere wirtschaftliche Rahmenbedingungen zu machen. Das hat die Bundesregierung mehrfach abgelehnt. Für mich ist jedoch klar, dass wir Strukturprobleme haben, keine Konjunkturprobleme.

Elbkurier: Wo sehen Sie Ansatzpunkte, um aus der Krise zu kommen?

Maas: Ich setze auf eine bessere Verzahnung von Wirtschaft und Wissenschaft und die optimale Nutzung aller Fördermöglichkeiten. Dabei ist es mir wichtiger, vor allem bestehende Unternehmen zu stärken als neue Investoren anzulocken.

Elbkurier: Was ist, wenn ab 2007 die EU ihre Fördermittel auf Osteuropa konzentriert? Werden dann noch mehr Arbeitsplätze abwandern?

Maas: Die Gefahr besteht natürlich. Deshalb muss in Brüssel Druck gemacht werden, dass die neuen Länder auch nach 2006 eine Fort-

setzung der Förderung brauchen. Hier bin ich optimistisch.

Elbkurier: Die SPD hat vorgeschlagen, die Förderung auf Magdeburg, Halle und den Harz zu konzentrieren. Was halten Sie von dieser Idee?

Maas: Zur Zeit werden diese Gebiete sogar geringer gefördert als das übrige Land. Wir sollten dort fördern, wo sich Betriebe ansiedeln wollen und uns dabei auf zentrale Branchen wie Chemie, Maschinenbau, Ernährungsgewerbe und Biotechnologie konzentrieren und nicht auf Zentren festlegen.

Die Wirtschaft und die Medien stehen hinter der Landesregierung.

Elbkurier: Die Regierung Böhmer ist nach den Wahlen 2002 hervorragend gestartet. Jetzt hat man oft das Gefühl, die Luft ist raus. Wie sehen Sie das?

Maas: Da sehe ich optimistisch in die Zukunft. Die Wirtschaft und die Medien stehen hinter der Landesregierung. Das stimmt mich zuversichtlich.

Elbkurier: Herr Maas, vielen Dank für dieses Gespräch und eine glückliche Hand bei Ihren Finanzierungsentscheidungen.

Teure Materialschlacht von SPD und FDP

Man ist ja zu Wahlzeiten so einiges gewöhnt, was die Plakatierung angeht. Doch der Kampf um den Mast war wohl noch nie härter als in diesem Jahr. Den Startschuss gaben die Liberalen die, im Einklang mit den bestehenden Gesetzen, 3 Monate vor dem Wahltermin mit dem Aufhängen ihrer Plakate angingen. Die anderen Parteien begannen ungefähr 6 Wochen vor der Wahl mit der Plakatierung. Dabei brach eine Materialschlacht aus, die ungeahnte Ausmaße annahm. Jedem Bürger und jedem Besucher fiel das offensichtliche Ungleichgewicht bei der Anzahl der diversen Aushänge auf. Während FDP und SPD mit jeweils geschätzten ca. 4.000 Plakaten operierten, brachte die CDU nur ca. 1.500 Stück zum Einsatz. Dazu kamen die Aufhänger der weiteren zu den Wahlen ange-



tretenen Parteien und Organisationen. Doch was dieses Jahr aus Sicht der Magdeburger Bürgerschaft so ärgerlich war, betraf die Art und Weise der Plakatierung. Sämtliche Hinweise des Tiefbauamtes zum korrekten Anbringen der Plakate wurden von den anderen Parteien massiv missachtet. Nur die CDU, mit ganz wenigen Ausnahmen, hielt

sich an die Regeln, die seit Anfang der 90er-Jahre ihre Gültigkeit haben.

Der politische Gegner jedoch plaktierte ungeniert vor Ampeln, so dass für die Autofahrer eine starke Sichtbehinderung bestand. Da wurden Plakate dermaßen niedrig befestigt, dass eine Behinderung für Fußgänger und Radfahrer mancherorts unvermeidlich war. Auch an Masten mit Verkehrszeichen wurden entgegen allen getroffenen Vereinbarungen Plakate angebracht. Über den Zustand so manches Aushangs möchte ich an dieser Stelle keine Aussagen machen. Eines der erschreckendsten Beispiele ist hier fotografisch dokumentiert. Im Vorfeld der nächsten Wahlen muss es unbedingt Gespräche zwischen den verschiedenen Parteien bzw. Wählervereinigungen über gemeinsame

Regeln geben. Die Stadtverwaltung ist, meiner Meinung nach, aufgefordert konsequent bei Verstößen gegen diese Vorschriften hart durchzugreifen. *Reinhard Gurcke*

Impressum

Herausgeber:
CDU-Kreisvorstand Magdeburg
39104 Magdeburg
Hegelstraße 23

Redaktion:
Wilfried Köhler

Layout/Satz:
Birgit Uebe, Medien-
und Fotografiedesign
Tel. 0391 6076884

Druck:
Harzdruckerei Wernigerode

Termine

September

Senioren-Union
20.09.2004, 10.00 Uhr
 CDU-Landesgeschäftsstelle,
 Hegelstr. 23

Ortsverband Neustädter Feld
21.09.2004, 19.30 Uhr
 Gaststätte "Nord West"

Ortsverband Ostelbien
22.09.04, 19.00 Uhr
 Bürgerzentrum Cracau

Fachausschuss Stadtentw.
27.09.04, 18.00 Uhr
 Landesgeschäftsstelle
 Gestaltung der
 Stadt-Umland-Beziehungen
 Planungsamtsleiter Dr. Peters

Kommunalpol. Vereinigung
29.09.2004, 19.00 Uhr
 Beratungsraum der
 CDU-Landesgeschäftsstelle

Oktober

Fachausschuss Kinder,
 Jugend, Familie, Gleichstellung
06.10.2004, 19.00 Uhr
 Beratungsraum der
 CDU-Landesgeschäftsstelle

Gesamtmitgliederversammlung
09.10.2004, 10.00 Uhr
 Ramada-Hotel

Ortsverband
 Diesdorf/Lindenweiler
12.10.2004, 18.30 Uhr
 "Torkrug"

Ortsverband Neustädter Feld
26.10.2004, 19.30 Uhr
 Gaststätte "Nord West"

CDU-Ball
29.10.2004, 19.00 Uhr
 Ramada-Hotel

November

Ortsverband Neustädter Feld
23.11.2004, 19.30 Uhr
 Gaststätte "Nordwest"

Ortsverband
 Diesdorf/Lindenweiler
30.11.2004, 18.30 Uhr
 "Torkrug"

Dezember

Glühweinabend
 der Vereinigungen
06.12.2004, 19.00 Uhr
 CDU-Landesgeschäftsstelle

Ortsverband
 Diesdorf/Lindenweiler
17.12.2004, 19.00 Uhr
 Weihnachtsfeier

Fortsetzung: **CDU steht zu Hartz IV...**

Die Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe zu einer einheitlichen steuerfinanzierten Grundsicherung ist ein richtiger Schritt zur Reform des Arbeitsmarktes und zur Absicherung von Lebensrisiken, die der Einzelne alleine nicht tragen kann. Ziel dieser von der Union mitgetragenen Reform ist es, ein Beratungsangebot aus einer Hand zu gewährleisten, um den bisher üblichen Gewährleistungswirrwarr zwischen Arbeitsamt, Sozialamt und Wohnungsamt zu beenden.

Gleichzeitig soll die Vermittlungstätigkeit deutlich verbessert werden. Erstmals stehen auch Sozialhilfeempfängern alle Arbeitsmarktfördermaßnahmen zur Verfügung. Dabei ist es richtig, dass die Gesellschaft von jedem fordert, der arbeitsfähig ist und eine steuerfinanzierte Grundsicherung erhält, dass er auch seine Arbeitskraft der Gesellschaft zur Verfügung stellt. Dabei sind grundsätzlich alle Arbeitsangebote, solange sie nicht unsittlich sind, zumutbar.

Diese auch von der Magdeburger CDU mitgetragenen Grundsätze werden jedoch von der Bundesregierung denkbar schlecht umgesetzt, daher erfolgte auch folgerichtig die Ablehnung des so genannten "Optionsgesetzes" im Bundesrat durch die unionsgeführten neuen Bundesländer.

Elementare Grundsätze der von der Union geforderten Arbeitsmarktreform wurden ignoriert oder sollen jetzt dilettantisch und einseitig ohne Berücksichtigung der besonderen Situation in den neuen Bundesländern durchgesetzt werden. Es ist bisher nicht klar, ob die Bundesregierung genügend Eingliederungsmittel zur Verfügung stellt, damit auch wirklich jedem arbeitswilligen Arbeitslosengeld-II-Empfänger eine Eingliederung in den ersten Arbeitsmarkt, eine Marktersatzmaßnahme oder eine Arbeitsgelegenheit angeboten werden kann. Die Freigrenzen für Hinzuverdienstmöglichkeiten für AL-II-Empfänger sind zu niedrig. Es ist richtig, dass



Vielen Demonstranten, wie hier auf dem Magdeburger Hasselbachplatz, steht die nackte Angst vor der Zukunft ins Gesicht geschrieben. Die CDU Magdeburg kritisiert die unzureichende Aufklärung über Sinn und Inhalt der Reformen.
 Fotos: Birgit Uebe

bei der Bedürftigkeitsregelung auch das verwertbare Vermögen bewertet wird. Die Freigrenzen für Lebensversicherungen, die der Altersversorgung dienen sollen, für Sparkonten der Kinder oder gar für Ausbildungsver sicherungen sind jedoch zu niedrig. Es ist aber unverantwortlich, den Menschen jetzt Angst zu machen, dass sie zur Vermögensverwertung ihre Schrebergärten aufgeben müssten oder dass massenhafte Umzüge in Billigquartiere erzwungen werden. Gleichwohl ist es gut, dass die Wohnungsunternehmen in der Stadt Magdeburg in der Lage sind, guten, sanierten und preiswerten Wohnraum für jedermann vorzuhalten. Die Leistungsabsenkung wird mehr Kinder als bisher zwingen, staatliche Sozialtransfers in Anspruch zu nehmen. An dieser Stelle rächt sich, dass die Forderung der Union ignoriert wurde, eine gerechte Bewertung der Familienarbeit, z. B. durch Einführung eines Familiengeldes vorzunehmen. Mit dieser Maßnahme hätten alle Kinder aus der Sozialhilfe herausgeführt werden können.

Die Bundesregierung hat es versäumt, die Menschen durch eine rechtzeitig und sachlich geführte Aufklärungskampagne auf dem Weg einer der größten Sozialreformen in Deutschland mitzunehmen. Wer die Kommunikation

zum Volk verliert, muss sich nicht wundern, dass das Volk seinem Unmut auf Demonstrationen Luft verschafft. Es ist unerträglich, dass einzelne Details der Umsetzung, wie z. B. der Auszahlungsmodus zum Jahresanfang weiterhin von der Bundesregierung gegen die Gesetzeslage diskutiert werden.

Die Forderung, die Reform um ein Jahr zu verschieben, halten wir zum jetzigen Zeitpunkt nicht mehr für sinnvoll.

Die CDU in Magdeburg wird einerseits durch klares Vertreten ihrer Forderungen und andererseits durch konsequentes Aufklären über Chancen und Möglichkeiten dieser Sozialreform dazu beitragen, die Arbeitsmarktsituation und damit die soziale Situation der Bürgerinnen und Bürger in Magdeburg zu verbessern."
 Jürgen Scharf, MDL



Thomas Webel greift am 13.11. in Staßfurt nach dem CDU-Landesvorsitz

Die CDU muss ein Ohr für die täglichen Sorgen haben

Thomas Webel wurde am 27. Juli 1954 in Bad Pyrmont geboren. An der Erweiterten Oberschule in Zielitz legte er im Jahr 1973 das Abitur ab. Nach der Pflichtarmeezeit studierte er elektronischen Gerätebau an der TU Dresden. Sein Abschluss: Diplom-Ingenieur für elektronischen Gerätebau. Der erste Job führt ihn in die LPG Dahlenwarsleben als Leiter der Materialversorgung. Von 1984 bis November 1989 Mitglied der Bauernpartei, folgt eine zehntägige Mitgliedschaft in der SDP. Wegen deren Haltung zur deutschen Einheit wechselt Webel 1990 in die CDU, engagiert sich erstmals als Kommunalpolitiker, während er beruflich als Dezenturist ins Landratsamt Wolmirstedt wechselt.

Im Februar 1992 folgt die Wahl zum Landrat des Kreises Wolmirstedt, ab 1994 wurde er, inzwischen auch Landtagsabgeordneter, als Landrat des neugebildeten Ohrekreises von der Bevölkerung direkt gewählt. Thomas Webel ist verheiratet und Vater eines Sohnes. Zudem steht Thomas Webel dem Landesverband für Gewichtheben, Kraftsport und Fitness als Präsident vor.



Kein großspuriger Empfang, keine pompöse Einladung - der Jubilar, immerhin höchster Würdenträger im Ohrekreis, gibt sich zum fünfzigsten Geburtstag bescheiden: "Bloß nicht so viel Trubel um ein weiteres Lebensjahr", stöhnt Thomas Webel. Doch die Party spricht sich herum, letztlich strömen mehr als 600 Gäste in die alte Ziegelei, ein technisches Denkmal am Rande von Haldensleben, um dem hemdsärmeligen Politiker zu gratulieren.

So präsentiert sich CDU-Frontmann und Dauer-Landrat Thomas Webel an seinem Ehrentag keinen Deut anders, als ihn die Menschen im Ohrekreis kennen und schätzen: bürgernah und sympathisch, frei von Pathos, ohne jede Spur einer Profilneurose und damit so erfrischend anders als viele seiner Kollegen im

Politikgeschäft. "Ich glaube, dass die Menschen merken, wenn du ihnen etwas vorspielst, nicht authentisch bist", bringt es Webel auf den Punkt, "Dabei ist es heute wichtiger denn je, für Vertrauen in die Politik zu werben."

Die Werbetour gelingt ihm unverkrampt und zeigt nachhaltigen Erfolg. Der Ohrekreis gilt als Vorzeigeflecken in Sachsen-Anhalt. Mit der Arbeitslosenquote unter und der Investitionsquote über dem Durchschnitt schuf er einen jener Leuchttürme, die Politikerkollegen mit Blick auf den Osten gern zitieren.

Doch Webel bleibt Webel: neben der Chefsache Wirtschaftsförderung bleibt Zeit für Gespräche mit dem Bürger von nebenan, Zeit für Termine bei Vereinsmeisterschaften, Behindertenschulen, Arbeitslosenzentren oder dem Kollegen des Nachbarkreises um lange vor dem Pflichttermin eine Kreisfusion anzugehen. "Als Landrat muss man ein Ohr für alle haben, auch wenn der Terminkalender rappellvoll ist", so Webels Credo.

Sein parteiinterner Aufstieg scheint folgerichtig. Politisch nahezu unbelastet, tritt der 1954 im niedersächsischen Bad Pyrmont geborene aber in Klein Ammensleben aufgewachsene Webel 1990 in die CDU ein. Von Parteifreunden als ehrliche

Haut geschätzt folgt 1991 die Wahl in den Landesvorstand, sieben Jahre später steigt er an der Seite von Parteichef Wolfgang Böhmer zum Vize-Vorsitzenden auf.

Der CDU erweist sich Webel derweil als Erfolgsgarant. Der Ohrekreis steht als unbezwungene CDU-Hochburg, deren Burgvater eine Landratswahl nach der anderen gewinnt und zudem als Kreisvorsitzender fungiert. Bei den Landtagswahlen im Jahr 1998 holt er eines von zwei Direktmandaten, während anderswo die SPD haushoch gewinnt, die CDU landesweit kaum die 20-Prozent-Marke nimmt. Erst als eine Änderung im Abgeordnetengesetz beide Funktionen für unvereinbar erklärt, räumt Webel die Landtagsbank.

Die Zielrichtung Landesvorsitz, für die ihn selbst Amtsinhaber Böhmer empfiehlt, birgt für Webel neue Herausforderungen: "Das Vertrauen der Bürger in die Politik sinkt, die Parteien leiden an Mitgliederschwund, während freie Bürgerlisten Vielen als Alternative erscheinen." Jetzt sei es an der Zeit, Profile zu schärfen und Problemlösungen anzubieten. Die Kompetenz einer Volkspartei nennt Webel dabei als wichtigstes Kapital. Thomas Webel ist bislang der einzige Kandidat und hat daher gute Chancen auf den Landesvorsitz.

Internationales Jugendcamp für Frieden und Völkerverständigung

Jugendliche aus acht Ländern waren zwei Wochen in Magdeburg

Internationale Jugendcamps des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge haben schon eine lange Tradition. Im August waren 30 junge Menschen aus acht europäischen Ländern für zwei Wochen zu Gast in Magdeburg. Sie legten am Mahnmal der Bombenopfer vom 16. Januar 1945 ein Blumengebilde nieder und gedachten der Toten dieses sinnlosen Krieges.

Der sachsen-anhaltische Landesvorsitzende des Volksbundes, Dieter Steinecke, bedankte sich bei den Jugendlichen aus Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Moldawien, Russland, Tschechien und Weißrus-

sland für ihr Engagement: "Zwei Wochen lang waren die jungen Menschen im Einsatz, um Gräber-

felder und die Gedenkstätte auf dem Magdeburger Westfriedhof zu pflegen.



Die Teilnehmer des internationalen Jugendlagers und der Volksbund-Landesvorsitzenden Dieter Steinecke beim feierlichen Gedenken auf dem Magdeburger Westfriedhof am 9. August 2004. Foto: Thomas Nawrath

Doch das ist nur die eine Seite des Jugendcamps. Fast noch wichtiger sind die Kontakte, das Miteinander, das Kennenlernen über Ländergrenzen hinweg. Hier sind private Freundschaften entstanden und einige Vorurteile konnten beseitigt werden. Diese jungen Menschen haben ihre Freizeit und ihre Arbeitskraft investiert - und dabei ein ganz neues Verständnis von Frieden und Völkerverständigung erlebt. Darum geht es eigentlich bei diesen internationalen Camps. Ganz im Sinne des Volksbund-Mottos: Versöhnung über den Gräbern - Arbeit für den Frieden." *Abgeordnetenbüro*

Dieter Steinecke

Auch nach der Entscheidung für Cochstedt bleiben die Fragen

Da peitscht es einem die Feder über das Blatt, wenn Rene Kiel in der Manier eines Hofberichterstaters "Erstaunen" äußert, weil Zitat: ausgerechnet die eigenen Parteifreunde aus Magdeburg Verkehrsminister Dr. Daehre in den Rücken fallen.

Nun ist die Volksstimme für Recherche-Journalismus mit Hintergrundinformationen und Sachverstand nicht ausdrücklich ausgewiesen, was - wie Kenner wohl meinen - am beschränkten Zeitkontingent liegen könnte. Aber fragen können hätte Herr Kiel schon:

1. Woran es denn liegt, dass sich seit 10 Jahren trotz hektischer Suche des Wirtschaftsministeriums kein Investor gefunden hat, diese "flache Goldgrube" zu erwerben?
2. Ob es nicht gravierendere Gründe für die Regierung gebe als die vom Minister angezeigte "Revitalisierung eines ehemaligen sowjetischen Militärflughafens"?

3. Wieviel Geld hat z.B. Wirtschaftsminister Rehberger nach den 50 Höppner-Millionen (Euro!) inzwischen selbst in das illusorische Projekt Cochstedt gesteckt? Und wie hat sich die Deutsche Bank darüber gefreut!

4. Was sagt denn die Flughafengesellschaft Halle-Leipzig zu der scheinbar hochzupäppelnden Konkurrenz vor der eigenen Tür? Dort zahlt das Land Sachsen-Anhalt als Anteilseigner jährlich bereits 6 Mio. Euro Verlustausgleich?

5. Wie soll das Konzept eines "Internationalen Flughafens Cochstedt" aussehen, für den jüngst in der FAZ unter "Mitwirkung einer international renommierten Gesellschaft" per Anzeige ein Investor gesucht wurde? - Keine Gemeinde in diesem Land hätte mit einer solchen Anzeige von etwa 5x10 Zentimetern Größe auch nur einen Inspektor gesucht. Aber Herr Rehberger sucht so einen Investor, mit

sechs Wochen Erklärungsfrist! Und die Volksstimme stellt keine Fragen! - Aber dort liest man wohl die FAZ nicht...

6. Könnte es nicht sein, dass ein Flugplatzstandort für die Nutzer nicht nur "zumutbar", sondern auch "akzeptabel" sein muss? Wer will in Cochstedt landen? Die Naturschützer vom nahen Hake!

7. Warum der Magdeburger Oberbürgermeister, SPD, sich frühzeitig und die regionalen Interessen nicht wählend, einen Ratsbeschluss negiert und gegen den eigenen Standortvorteil arbeitet?

8. Könnten nicht gemeinsame "verdeckte Interessen" jene miteinander verbinden, die sichtbar und gemeinsam gegen die Interessen des Landes, der Region und der Stadt eine Allianz der Willigen für Cochstedt gebildet haben - koste es, was es wolle?

9. Was sagen Betriebskostenver-

gleiche zwischen Cochstedt und Magdeburg? Wird erkennbar, dass allein durch die Differenz in den Betriebskosten die Investition in den Flugplatz Magdeburg sich nach fünf Jahren gegenüber Cochstedt rentiert hätte?

Magdeburg hat eine Betriebserlaubnis, einen funktionierenden Betrieb und für den notwendigen Ausbau eine - noch gültige - Ausbaugenehmigung auf Grund eines rechtswirksam abgeschlossenen Planfeststellungsverfahrens. - Und in Cochstedt geht's gleich los? - Gerhard Ruden setzt sich als Ratsmitglied und Landtagsabgeordneter für die Interessen seiner Stadt und auch des Landes ein, ebenso wie Jürgen Scharf. Vom Minister Dr. Daehre, der hier im Schlepptau von Wirtschaftsminister Dr. Rehberger und der FDP agiert, kann man in dieser Frage derart eindeutige Feststellungen nicht treffen.

Ernst-Ulrich Pfeiffer

Familie braucht Zukunft

Die Konrad-Adenauer-Stiftung lädt alle Interessenten zu einer Fachtagung unter dem Titel "Familie mit Zukunft - Leitideen für eine christlich orientierte Familienpolitik" vom 29.-31.10.04 ins Schloss Wendgräben ein.

Die Familie als Gemeinschaft von Eheleuten mit ihren Kindern findet als Ideal immer noch große Wertschätzung und wird als tragende Institution unserer Gesellschaft angesehen. Im Lebensplan gerade auch junger Menschen hat Familie eine hohe Priorität. Doch in der Realität sehen sich Familien hohen Belastungen in Gesellschaft und Arbeitswelt ausgesetzt. Die Kinderfreundlichkeit lässt oftmals zu wünschen übrig. Viele Mütter und Väter haben Schwierigkeiten, Familien- und Erwerbsarbeit miteinander zu vereinbaren. Viele Ehen halten den Belastungen nicht stand und zerbrechen. Die Frage nach der Zukunft von Familie gewinnt vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung in Deutschland und der damit verbundenen Problematik der Generationenge-

rechtigkeit zusätzlich an Brisanz. Die Veranstaltung 'Familie mit Zukunft - Leitideen für eine christlich-orientierte Familienpolitik' widmet sich diesen Themenkreisen. Dabei wird es z. B. um das Verständnis von Ehe und Familie im christlichen Sinne gehen. Es sollen Faktoren (aus biblisch-therapeutischer Sicht) für das Gelingen von Beziehungen aufgezeigt und diskutiert werden. Neue Projekte der Wirtschaft für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Erwerbsarbeit sollen vorgestellt werden. Politische Handlungsmöglichkeiten zur Förderung und zum Schutz der Familie werden zur Diskussion gestellt. Wir laden herzlich zur Teilnahme ein!

Es wird ein Tagungsbeitrag von 80,00 Euro erhoben. Bei Einzelzimmerwunsch erhöht sich der Tagungsbeitrag um 20,00 Euro. Für Schüler/-innen, Studenten/-innen und Arbeitslose beträgt der Tagungsbeitrag 60 Euro / DZ bzw. 85 Euro /EZ. Die Entrichtung des Teilnehmerbeitrags erfolgt während der Veranstaltung.

Ein Jahr Schule in den USA



In den vergangenen Tagen fuhr Rebekka Werther als diesjährige Stipendiatin des deutsch-amerikanischen Jugendaustausch-Programms des Deutschen Bundestages für ein Jahr in die USA. Unser Magdeburger CDU Bundestagsabgeordneter Bernd Heynemann wählte sie aus einem engeren Kreis von über 20 Bewerberinnen und Bewerbern aus seinem Wahlkreis aus. Die 17-jährige Rebekka aus dem Magdeburger Domgymnasium wurde in den USA von ihrer

zukünftigen Gastfamilie mit drei Töchtern schon neugierig erwartet.

Sie werden gemeinsam an der dortigen High School lernen. Rebekkas großes Anliegen ist es vor allem die Kultur des Landes und das dortige Leben selbst kennen zu lernen. Andererseits möchte sie vor Ort über unsere Stadt Magdeburg und unsere Kultur sowie die hiesigen Lebensgewohnheiten berichten.

Gerhard Häusler

Diskussion über Benesch-Dekrete und Zentrum gegen Vertreibungen zeigt: Bundesregierung lässt Heimatvertriebene im Stich

Es besteht kein Zweifel daran, dass die am 1. Mai 2004 vollzogene Osterweiterung der EU eine historische Chance zur dauerhaften Verständigung und Aussöhnung zwischen Deutschland und seinen polnischen und tschechischen Nachbarn bietet, denen durch die expansionistische Politik des NS-Regimes viel Leid und Unrecht widerfahren ist.

Während sich Deutschland seiner dunklen Vergangenheit in den Jahren zwischen 1933 und 1945 in jüngster Zeit gestellt hat und sich seiner Verantwortung aufgrund dieses schweren historischen Erbes bewusst ist, zeigen die Regierungen in Warschau und Prag nur wenig Interesse an der Aufarbeitung der dunklen Kapitel in der eigenen jüngeren Geschichte. Die aktuelle Diskussion über die Aufhebung der sogenannten Benesch-Dekrete und über die geplante Errichtung des Zentrums gegen Vertreibungen in Berlin sind ein deutlicher Beleg für diese Aussage.

Denn mit der Tschechischen Republik ist ein Staat der EU beigetreten, dessen Rechtsordnung nach wie vor auf Gesetzen und Verordnungen basiert, die Gewaltverbrechen unter Straffreiheit stellen. Die Rede ist von den Benesch-Dekreten, also jenen ursprünglich mehr als 140 Verordnungen, die Edvard Benesch in seiner Funktion als Präsident der tschechoslowakischen Exilregierung in London und als Staatspräsident der wiedererrichteten Tschechoslowakei zwischen 1940 und 1945 erlassen hat.

Benesch sanktionierte damit in vielen Fällen die angenommene Illoyalität der Sudetendeutschen in den Jahren 1938 bis 1945 durch radikale Maßnahmen. Zwar wurden große Teile dieser Dekrete mittlerweile für ungültig erklärt. Doch bis heute weigert sich die Staatsführung der Tschechischen Republik, die uneingeschränkte Fortgeltung des Gesetzes Nr.115 vom 8. Mai 1946 aufzuheben, wonach die in der Zeit vom 30.

September 1938 bis zum 28. Oktober 1945 an Sudetendeutschen begangenen Gewaltverbrechen als nicht widerrechtlich erklärt wurden.

Damit wurden und werden nicht nur die im Rahmen der Zugehörigkeit des Sudetenlandes zum Deutschen Reich verübten Gewaltdelikte an Deutschen für straffrei erklärt, sondern auch die im Zusammenhang mit der "wilden Vertreibung" der Sudetendeutschen im Sommer 1945 an Tausenden von Zivilisten begangenen Gewalttaten und Vergeltungsaktionen.

Unzweifelhaft müssen die Übergriffe gegen die Deutschen in Böhmen und Mähren in den historischen Kontext der Eingliederung der Sudetengebiete in das Deutsche Reich im Oktober 1938 und der sogenannten "Zerschlagung der Rest-Tschechei" im März 1939 sowie des in diesem Zusammenhang von den Tschechen erlittenen Unrechts gestellt werden. Dies entlastet die Täter auf tschechischer Seite jedoch nicht. Denn um eine dauerhafte und glaubwürdige Verständigung zwischen beiden Völkern zu erreichen, müssen sich nicht nur die Deutschen, sondern auch die Tschechen ihrer Vergangenheit stellen und um eine differenzierte Aufarbeitung der eigenen Geschichte bemühen.

Wie die breite Zustimmung des tschechischen Abgeordnetenhauses zur Ehrung von Edvard Benesch durch ein eigenes Gesetz im Februar 2004 zeigt, scheint die Tschechische Republik zumindest auf höchster politischer Ebene nicht zu diesem Schritt bereit.

Zwar hat der Senat in Prag das Gesetz zur Ehrung von Benesch kurz darauf abgelehnt und damit Mut und Weitsicht bewiesen, doch Zweifel an dem ernsthaften Willen der Regierung in Prag, sich der Verantwortung für das von tschechischer Seite an den Sudetendeutschen begangene Unrecht zu stellen, bleiben bestehen. Noch

vor wenigen Wochen hatte der mittlerweile aufgrund seiner Niederlage bei der Europawahl 2004 zurückgetretene tschechische Ministerpräsident Vladimír Špidla bekräftigt, dass eine Aufhebung der noch bestehenden Benesch-Dekrete für Prag auch in Zukunft undenkbar sei.

Indes muss das Verhalten der Bundesregierung für die Mehrzahl der deutschen Heimatvertriebenen völlig inakzeptabel sein. Statt Prag mit Nachdruck auf eine Aufhebung der völker- und menschenrechtswidrigen Dekrete zu bewegen, weist die Bundesregierung entsprechende Forderungen der deutschen Heimatvertriebenen und ihrer Organisationen mit der Begründung zurück, bei der Vertreibung handele es sich um eine "logische Konsequenz der Kriegsergebnisse". Man wolle die Zukunft nicht mit Fragen belasten, die aus der Vergangenheit herrühren, heißt es aus Berlin. Zudem erteilt die Bundesregierung jeglichen Ansprüchen deutscher Vertreibungsoffer auf Entschädigungsleistungen eine deutliche Absage. Diese Haltung hat Bundeskanzler Schröder bei seinem Besuch in Polen anlässlich des 60. Jahrestages des Warschauer Aufstandes Anfang August dieses Jahres deutlich unterstrichen.

Wie die Diskussion über die Schaffung eines Zentrums gegen Vertreibungen in Berlin zur Erinnerung und zum Gedenken an das millionenfache Leid deutscher Flüchtlings- und Vertreibungsoffer zeigt, bringt die Bundesregierung selbst einer angemessenen Erinnerung an die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den ehemaligen Ostgebieten Desinteresse und Ablehnung entgegen.

Seit nunmehr vier Jahren setzt sich der Bund den Vertriebenen (BdV) für die Errichtung des Zentrums gegen Vertreibungen ein. Es soll einen Gesamtüberblick über das Schicksal aller deutschen Vertreibungsoffer aus Mit-

tel-, Ost- und Südosteuropa einschließlich ihrer Kultur und Siedlungsgeschichte geben und zugleich die Vertreibung anderer Völker thematisieren - ein Projekt, das auch von der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung (OMV) der CDU/CSU unterstützt wird.

Wenngleich mit Peter Glotz neben der Präsidentin des BdV, Erika Steinbach, ein prominenter SPD-Politiker der Zentrumsstiftung vorsteht, so torpedieren führende Regierungsvertreter seit Monaten die Bemühungen zur Errichtung einer zentralen Dokumentations- und Begegnungsstätte in der deutschen Hauptstadt und ernten dafür Beifall aus Prag und Warschau. Sie fordern vehement eine europäische Lösung in Zusammenarbeit mit Polen, Tschechien, der Slowakei und Ungarn und befürworten einen Standort außerhalb der Bundesrepublik Deutschland. Dahinter muss die Absicht Berlins vermutet werden, den Einfluss des BdV auf ein Minimum zu reduzieren, um ein angemessenes Gedenken und Erinnern an die deutschen Opfer von Flucht und Vertreibung zu verhindern.

Angesichts der Tatsache, dass die Vertreibung der Deutschen aus dem mittel- und osteuropäischen Raum wiederholt von führenden Politikern der Regierungskoalition als "gerechte Strafe" interpretiert wurde und wird, verwundert diese Absicht nicht.

Diese Haltung legt zudem die Vermutung nahe, dass die Bundesregierung die Menschenrechte der deutschen Heimatvertriebenen nicht anerkennt und es in Berliner Regierungskreisen niemanden ernsthaft zu stören scheint, dass die Glaubwürdigkeit der Europäischen Union als Rechts- und Wertegemeinschaft durch die Fortgeltung der Benesch-Dekrete untergraben wird.

*Dr. Tammo Luther
Mitglied der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung im CDU-Kreisverband Magdeburg*

Neuwahl des Vorstandes der CDU-Ratsfraktion

Bei der konstituierenden Sitzung der neuen CDU-Ratsfraktion am 28. Juni 2004 galt es, neben der Klärung zahlreicher organisatorischer Fragen, den neuen Fraktionsvorstand zu wählen. Durch die 14 gewählten Stadträte wurde mit

großer Mehrheit Reinhard Stern erneut zum Fraktionsvorsitzenden gewählt.

Nur wenige Tage vor dieser Wahl konnte er sein 10-jähriges Jubiläum in diesem Amt begehen. Als gleichberechtigte Stellvertreter

stehen ihm Gunter Schindehütte und Wigbert Schwenke zur Seite. Der Vorstand wird durch die beiden Beisitzer Jens Ansorge und Gerhard Ruden komplettiert.

Zu den Aufgaben des neugewählten Fraktionsvorstandes, insbeson-

dere des Fraktionsvorsitzenden, gehören die inhaltliche Vorbereitung der Fraktionsarbeit sowie die Vorgabe von politischen Leitlinien.

Tobias Krull

*Fraktionsassistent
der CDU-Ratsfraktion*

Kurzvorstellung der neuen CDU-Stadträte



Reinhard Stern

Telefon: 0391 6103220 / 0177 5265956
rstern@gmx.de

geb. 11.07.1951
verheiratet, 2 Kinder, Dipl.-Ing.

- Mitglied im Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg seit 1990
- Fraktionsvorsitzender seit 1994
- Wohnungs- und verkehrspolitischer Sprecher der Fraktion



Gunter Schindehütte

Telefon: 0391 6211693 / 0171 7042374
Schindehuetten.MD@t-online.de

geb. 22.11.1944
verheiratet, 2 Kinder, Vorruehstaendler

- Mitglied im Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg seit 1994
- Stellvertretender Fraktionsvorsitzender
- Bildungspolitischer Sprecher der Fraktion



Wigbert Schwenke, MdL

Telefon: 0391 6313170 / 0171 3246832
post-an@wigbert-schwenke.de

geb. 22.07.1960
verheiratet, 2 Kinder, Mitglied des Landtages

- Mitglied der CDU-Landtagsfraktion von Sachsen-Anhalt seit April 2002
- Mitglied im Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg seit 1990
- Stellv. Vors. des Ausschusses für Gleichst., Familie, Kinder, Jugend, Sport



Jens Ansorge

Telefon: 0391 8112639 / Fax: 0391 8113710
sr.ansorge@apo-crcau.de

geb. 06.05.1965
verheiratet, 1 Kinder, Apotheker

- Mitglied im Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg seit 1999
- 1. stellvertretender Vorsitzender des Stadtrates
- Beisitzer im Fraktionsvorstand



Gerhard Ruden, MdL

Telefon: 0391 2549811 / 0391 7328675
gerhard.ruden@cdu.magdeburg.de

geb. 25.08.1946
verheiratet, 1 Kinder, Mitglied des Landtages

- Mitglied der CDU-Landtagsfraktion von Sachsen-Anhalt seit April 2002
- Mitglied im Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg seit 1999
- Vorsitzender des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr



Thomas Veil

Telefon: 0391 5675401 / 0391 7314994

geb. 20.04.1942
verheiratet, 4 Kinder, Verwaltungsjurist

- Mitglied im Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg seit 1999
- Mitglied im Ausschuss für kommunale Rechts- & Bürgerangelegenheiten
- Mitglied im Ausschuss für Umwelt und Energie



Gerhard Heinl

Telefon: 0391 5673826 / 0171 1903859
gerhard.heinl@onlinehome.de

geb. 15.01.1946
verheiratet, 2 Kinder, Ref. im Kultusministerium

- Mitglied im Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg seit 1990
- Mitglied im Ausschuss für kommunale Rechts- & Bürgerangelegenheiten
- Gesellschafterv. der Ges. für Ausbildung, Qualifizierung & Beschäftigung



Bernd Heynemann, MdB

Telefon: 0391 2549816 / 0391 5557697
bernd.heynemann@cdu.magdeburg.de

geb. 22.01.1954
verheiratet, 2 Kinder, Mitglied des Bundestages

- Mitglied des Deutschen Bundestages seit 2002
- Mitglied im Stadtrat von Magdeburg seit 1999
- Mitglied im CDU-Bundessportausschuss



Thomas Kilian

Telefon: 0391 5432338 / 0162 1019379
th.kilian@kilian-baubetreuung.de

geb. 29.02.1956
verheiratet, selbständig

- Mitglied im Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg seit 2004
- Mitglied im Ausschuss für Rechnungsprüfung und Beteiligungscontrolling
- Mitglied im Vergabeausschuss



Bernd Reppin

Telefon: 0391 7362354 / 0178 8213685
BRReppin@t-online.de

geb. 27.08.1965
verheiratet, 2 Kinder, Straßenbahnfahrer

- Mitglied im Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg seit 2004
- Mitglied im Ausschuss für Familie und Gleichstellung
- Stellvertretendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss



Johannes Rink

Telefon: 0391 2510716

geb. 13.08.1941
verheiratet, 1 Kind, Rentner

- Mitglied im Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg seit 1994
- Mitglied im Ausschuss für Familie und Gleichstellung des Stadtrates
- Mitglied im Gesundheits- und Sozialausschuss

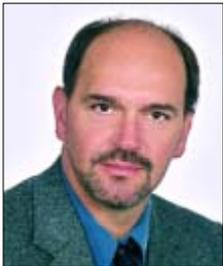


Hubert Salzborn

Telefon: 0391 2510346

geb. 18.01.1951
verheiratet, 1 Kind, Angestellter

- Mitglied im Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg seit 1994
- Vorsitzender des Vergabeausschusses
- Mitglied im Ausschuss für kommunale Rechts- & Bürgerangelegenheiten



Frank Schuster

Telefon: 0391 5433561 / 0177 3134626
frschuster@t-online.de

geb. 28.07.1959
verh., 2 Kinder, Geschäftsf. Gesellschafter

- Mitglied im Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg seit 2004
- Mitglied im Ausschuss für Rechnungsprüfung und Beteiligungscontrolling
- und für Regionalentw., Wirtschaftsf., kommunale Beschäftigungspolitik



Eberhard Seifert

Telefon: 0391 5482158 / 0391 6225048

geb. 22.04.1942
verheiratet, 1 Kind, Werkzeugmacher

- Mitglied im Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg seit 1994
- Kulturpolitischer Sprecher der Fraktion
- Mitglied im Kulturausschuss



Die Mitglieder des Landtages (v.l.n.r.) Ruden, Wybrands, Scharf, Steinecke und Schwenke mit Bioölwerk-Geschäftsführer Westphal bei einer Betriebsbesichtigung im Produktionsbereich des Bioölwerks. Foto: T. Nawrath

Foto links oben: Der Vorsitzender der CDU-Stadtratsfraktion Reinhard Stern gratuliert dem neuen und alten Ortsbürgermeister von Pechau, Prof. Dr. Adolf Lingener, zu seiner Wiederwahl am 08.07.2004. Foto: Martin Rieß

Foto links unten: Über ein hochwertiges Tupperware-Set konnte sich Heinz Lindenberg aus der Pappelallee freuen, das er als Sieger eines Gewinnspiels von Kommunalwahlkandidat Andreas Kern überreicht bekam. Theaterkarten und eine Kiste Colbitzer-Heide-Bräu gewannen Elisabeth Gutsche und Heinz Lindenberg. Foto: Gerhard Häusler

Universität forscht an den Energiequellen von morgen

Am 3. Mai 2004 fand an der Otto-von-Guericke-Universität, Fakultät für Elektrotechnik und Informationstechnik, ein Treffen der Mitglieder des Bundestages und des Landtages der CDU-Fraktion statt. Der Initiator des Treffens, Dr. Carl-Gerhard Winter, Leiter des Gesprächskreises Wissenschaft des CDU-Kreisverbandes Magdeburg, interessierte sich mit den Abgeordneten Bernd Heynemann, Gerhard Ruden und Wigbert Schwenke für die Projekte auf dem Zukunftsmarkt der regenerativen Energien.

Im Vordergrund stand das Projekt WPP (Wind Power Project), das schon im Jahre 2000 zwischen der Universität und der CDU-Landtagsfraktion diskutiert wurde. In diesem Projekt geht es um die Stärkung der lokalen Firmen durch Contracting von "grüner" elektrischer Energie, die in Standorten der neuen EU-Länder



Sie hatten im Gespräch den Zukunftsmarkt der regenerativen Energien im Blick (von links nach rechts): Gerhard Ruden MdL, Wigbert Schwenke MdL, Prof. Zbigniew Styczynski, Bernd Heynemann MdB, Dr. Carl-Gerhard Winter.

Foto: Uni

erzeugt werden kann.

Der Dekan der Fakultät Prof. Zbigniew Styczynski stellte die bisherigen Aktivitäten der Fakultät in diesem Bereich auf dem Hintergrund der internationalen Entwicklung vor.

Es wurde festgestellt, dass in die-

sem Bereich einige positive Ergebnisse im Land Sachsen-Anhalt zu Stande gekommen sind, besonders im Bereich der Brennstoffzellenentwicklung. Das Land finanziert hier ein Verbundprojekt, das durch die Universität Magdeburg koordiniert wird.

Weiterhin sind die Hochschulen des LSA in internationale Forschungen im Bereich der regenerativen Energien eingebunden. Diese Aktivitäten haben aber noch nicht die kritische Masse erreicht und verlangen weitere Unterstützung des LSA. Man hat diskutiert, ob die regenerative und dezentrale Energieerzeugung wirklich eine Perspektive für die zukünftigen Energiesysteme darstellt. Hier sind solche Gesichtspunkte wie Wirtschaftlichkeit, Zuverlässigkeit, Sicherheit und Realisierbarkeit zu berücksichtigen.

Die Chance für das Land Sachsen-Anhalt ist, sich in diesen Technologien und Techniken zu spezialisieren, da hier sicherlich eine gute Möglichkeit besteht, eine zukunftsträchtige Marktposition zu erobern.

Dr. Carl-Gerhard Winter

EAK wählt neuen Landesvorstand

Am Rande der Herbsttagung wird der EAK Sachsen-Anhalt seinen Landesvorstand turnusgemäß neu wählen.

Alle Tagungsteilnehmer sowie auch alle Interessenten, die nicht über das gesamte Wochenende hinweg nach Wendgräben kommen können oder wollen, sind zur Teilnahme an der EAK-Landesversammlung eingeladen.

CDU-Mitgliedern steht zudem die Kandidatur für eines der Vorstandsämter offen.

Die Landesversammlung findet am 30.10.04 um 16.30 Uhr statt.

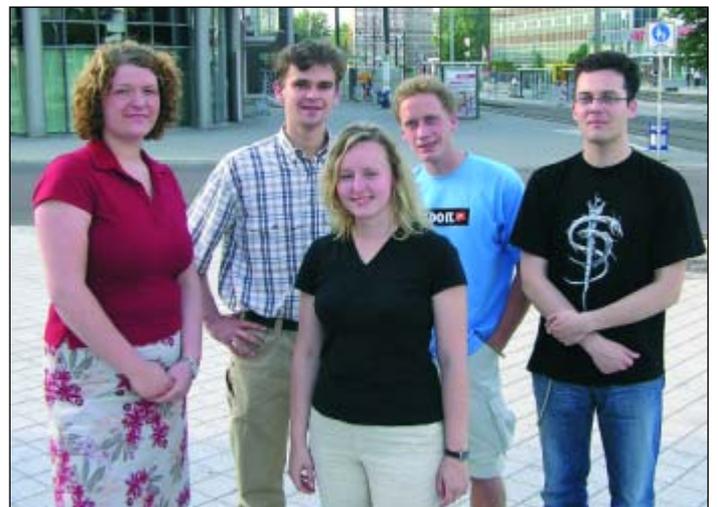
Jürgen Scharf, MdL
Landesvorsitzender des
EAK in Sachsen-Anhalt

Christin Menzel führt RCDS an der Uni

Die Mitglieder des Rings Christlich-demokratischer Studenten (RCDS) an der Otto-von-Guericke-Universität wählten am 19. Juli ihren neuen Vorstand. Dabei wurde die 23-jährige Magisterstudentin Christin Menzel einstimmig zur neuen Vorsitzenden gewählt. Als Stellvertreter werden ihr Veronika Dittert und Johannes Heim zur Seite stehen. Der Vorstand wird durch die beiden Beisitzer Daniel Kraatz und Markus Münch vervollständigt.

Zur Wahl und zur weiteren Arbeit des RCDS an der hiesigen Universität erklärte die neugewählte Gruppenvorsitzende Christin Menzel: "Wir übernehmen den Staffelnstab in einem funktionierenden Verband und können auf dieser Grundlage gut aufbauen", so die neue Vorsitzende. "Wir wollen uns weiter unabhängig für die Interessen der Studenten und der Universität einsetzen, wenn es sein muss auch im Gegensatz zu den Vorstellungen der jetzigen Landesregierung. Aber immer konstruktiv und an gemeinsamen Lösungen interessiert."

Die Vertreter des RCDS werden sich auch weiterhin im Studentenrat



Der neue Vorstand des RCDS an der Magdeburger Universität: (v.l.n.r.): Veronika Dittert, Daniel Kraatz, Christin Menzel, Markus Münch und Johannes Heim.

Foto: Tobias Krull

aktiv für die Belange ihrer Mitstudentinnen und -studenten engagieren. In diesem Gremium wird der RCDS durch Lydia Gerlich vertreten. Neben der Veranstaltung von öffentlichen Diskussionen will der RCDS wichtige Serviceleistungen für die Studentenschaft erbringen und gesellige Veranstaltungen durchführen.

Der Ring-Christlich-Demokratischer Studenten ist bundesweit der größte

politische Studentenverband mit ca. 7000 Mitgliedern an ca. 100 Standorten deutschlandweit. In Sachsen-Anhalt existieren weitere Gruppen unter anderem an der Martin-Luther-Universität Halle und an der Fachhochschule Harz. Vor wenigen Monaten wurde auch die RCDS-Gruppe der Hochschule Magdeburg-Stendal (FH) gegründet.

Tobias Krull, Vors. des
RCDS-Landesschiedsgericht

Stadtumbau à la SPD - Häuser müssen weg - Mieter müssen raus

Kaum einer hat es offenbar zur Kenntnis genommen - da forderte ein SPD-Ortsverein im Norden der Stadt, dass einige Wohnblöcke aus DDR-Zeiten nicht so richtig ins städtebauliche Bild passten. Was lag also näher, als in Anbetracht des hohen Wohnungsleerstandes einfach die Forderung zu erheben, dass sich das betroffene Wohnungsunternehmen von seinem Wohnungsbestand trennt. Das Wohnungsunternehmen - die MWG - hat sich zwar umgehend zu Wort gemeldet und das Ansinnen ad absurdum geführt - erstens sind die betreffenden Wohnungen top saniert und zweitens voll vermietet.

Aus Sicht eines für das Baugeschehen in der Stadt Mitverantwortlichen möchte ich an dieser Stelle die Prioritäten aus meiner Sicht benennen, um die beim Stadtumbau niemand herkommt: Die Zeiten, in denen Walter Ulbricht die Häuserblöcke in

Magdeburg und anderswo hin- und herschob, sind lange vorbei. Das heißt - Stadtumbaupolitik von oben hat es nicht mehr zu geben. Oberste Priorität hat das Wohlbefinden der Mieter. Und wenn diese aus betriebswirtschaftlichen Gründen einen Wohnblock verlassen sollen, ist ihnen der Umzug so schmackhaft wie möglich zu machen - eine Weisheit, die fast alle Wohnungsunternehmen inzwischen beherzigen. Leider gibt es in Rothensee ein Unternehmen, das offenbar mit den Fördermitteln für den Abriss von Wohnungen erst die Sanierung von Ersatzwohnungen finanzieren will. Das Ganze mag rechtlich möglich sein - nur dass man die Mieter in der Zwischenzeit ohne Umzugsvergütung in einem "Notquartier" parken will.

Und das alles in der Hoffnung, dass sie anschließend wieder in die sanierten Wohnungen ziehen. Im Ergebnis wird dieser rüde

Umgang mit den Mietern durch Wegzug abgestraft und das betreffende Wohnungsunternehmen wird ohne Mieter, das teuerste Kapital jedes Wohnungsunternehmens, dastehen.

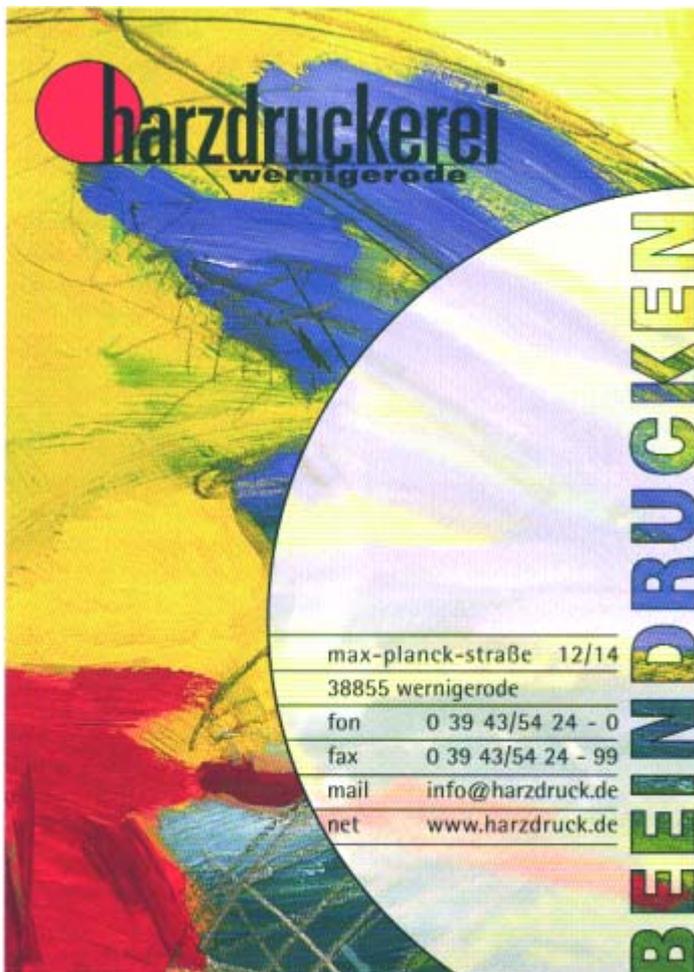
Natürlich möchte der Stadtplaner die Stadt nach gestalterischen Gesichtspunkten zurückbauen oder umbauen. Aber auch die Stadtplanung macht die Rechnung ohne den Wirt, wenn sie den Wohnungsunternehmen keine Anreize in Form von Kostendämpfungen oder Fördermitteln bietet. Hier helfen geringe Steuerung durch Fördermittel, geringe Grundstückspreise, günstige Verkehrsanbindung und Wohnumfeldaufwertung.

Aber erst, wenn das Wohnungsunternehmen in der Lage ist, durch schonende Mietersteuerung den notwendigen Leerstand zu organisieren, kann mit der Stadtplanung der mögliche Abriss eines Gebäudes oder eines Viertels vereinbart werden. Im Rah-

men des Stadtentwicklungskonzeptes hat es viele solcher Abstimmungen zwischen Wohnungsunternehmen und Stadtplanung gegeben, die letztendlich das betriebswirtschaftliche Ziel des Abrisses von 10.000 und mehr Wohnungen mit einem städtebaulich verträglichen Stadtumbau vereinbaren sollten.

Wie das Ziel umsetzbar ist, muss letztendlich allein durch die betriebswirtschaftliche Strategie der einzelnen Unternehmen und hier insbesondere deren sorgsamer Umgang mit den Mietern entschieden werden. Wir stehen schließlich mit dem Stadtumbau vor der Aufgabe, etwas zu steuern, was in Jahrhunderten vorher organisch gewachsen ist. Dies allein als Planungsaufgabe und Nummernstatistik zu betreiben, wäre ein Schlag in das Gesicht der betroffenen Magdeburger Bürger und damit gegen die Würde des Menschen.

Gerhard Ruden, MdL



harzdruckerei
wernigerode

BEI DRUCKEN

max-planck-straße 12/14
38855 wernigerode
fon 0 39 43/54 24 - 0
fax 0 39 43/54 24 - 99
mail info@harzdruck.de
net www.harzdruck.de

www.mhkw-rothensee.de

NACH DEUTSCHEM REINHEITSGEBOT ENTSORGT*

* Das Müllheizkraftwerk Rothensee erfüllt die immissionschutzrechtlichen Genehmigungsanforderungen und gewährleistet sicher die Einhaltung der gesetzlich geforderten Emissionsgrenzwerte.

Müllheizkraftwerk Rothensee GmbH
Otto-von-Guericke-Strasse 15
39104 Magdeburg

Telefon: 0391 / 587-2534
Telefax: 0391 / 587-1764
E-mail: info@mhkw-rothensee.de

**mhkw
ROTHENSEE**
WIR MACHEN DIE ENTSORGUNG SICHER.

Goldene Münze statt Goldener Plan

Die Bundesregierung plant für die Fußballweltmeisterschaft 2006 zwei Eröffnungsfeiern. Die offizielle Fifa-Veranstaltung findet am 9. Juni in München statt. Sie wird aus Eintrittsgeldern finanziert.

Am Tag vorher soll nach dem Willen von Kanzler Gerhard Schröder und Innenminister Otto Schily eine Mammutfete in Berlin steigen, bei der die Regierung drei Monate vor der Bundestagswahl

glänzen kann. Mit der Konzeption will Schily den Künstler André Heller beauftragen und die über 20 Millionen Euro teure Feier aus dem Verkauf einer Goldmünze bezahlen, die dem Finanzministerium 60 Millionen Euro in die Kasse spülen soll. Bisher waren aus diesen Einnahmen nur 30 Millionen für ein kulturelles Begleitprogramm zur WM vorgesehen. Schily möchte den Betrag

nun aufstocken:

Dies verwundert umso mehr, da die Regierung jetzt schon den "Goldenen Plan Ost" für den Sportstättenbau von reduzierten Fünf Millionen Euro, nun im Jahr 2005 auf Null senken will. Das heißt, dass es keine Extraaufstützung für die Ost-Länder gibt und mit der Finanzierung der WM-Stadien in Berlin und Leipzig der Bund seine Aufgabe erfüllt

sieht. Die Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesinnenministerium, Ute Voigt, sieht jetzt die Länder in der Pflicht, denen sie die Förderung des Breitensports zuweist. Es ist nicht nachvollziehbar, wie eine solche zusätzliche Feier Sinn macht, wenn gleichzeitig die Sportförderung im Osten eingestellt wird!

Bernd Heynemann, MdB

Senioren Union Magdeburg sucht rüstige Mitstreiter

Die Senioren Union Magdeburg wurde 1991 durch ehemalige Mitglieder der Jungen Union gegründet. Andere CDU-Mitglieder kamen hinzu. Auch wir wollten dazu beitragen, dass der älteren Generation ihr Platz in der Gesellschaft gefestigt wird, wollten am Gesellschaftspolitischen Leben teilnehmen.

Wir Mitglieder der Senioren Union Magdeburg treffen uns regelmäßig, bis auf die großen Ferien, an jedem 3. Montag im Monat, vormittags in der CDU-Landesgeschäftsstelle, Hegelstraße 23.

Auf der Tagesordnung steht jeweils ein interessanter Vortrag/Bericht, z.B. über die Arbeit des Landtages, Umweltschutz, Kriegsgräberfürsorge, Kriminalität, Vorsorgevollmachten. Wir

konnten hierzu u.a. die Landtagsabgeordneten Scharf, Ruden Steinecke, Unionsfreund Gründer und Kriminalrat a. D. Sander gewinnen. Bei Auswertung aktueller Themen (Wahlvorbereitung, Sitzung des Kreisvorstandes) wurden wir von Unionsfreund Häusler und der Kreisgeschäftsführerin Gisela Luding unterstützt.

Interessant für uns war auch die Besichtigung des Klärwerkes Gerwisch, die unser Senior Georg Günther organisierte. Zur Besichtigung des Flughafens wurden wir von Unionsfreund Fechner eingeladen. Durch den Landtag führte uns der Unionsfreund Gerhard Ruden. Nach der Führung waren wir Gäste einer Landtagssitzung.

Jedes Jahr freuen wir uns auf eine Busfahrt, zu der auch Gäste eingeladen werden. Wir fuhren u.a. zum Truppenübungsplatz Colbitzer Heide, zur Fontanestadt Neuruppin, zum Arendsee, in den Hohen Fläming, zur Burg Falkenstein. In diesem Jahr allerdings fuhren wir mit der "Weißen Flotte" die "Große Acht" zur und über die neue imposante Trogbrücke bei Hohenwarthe.

Zu den Höhepunkten unserer Treffen gehört im Dezember die besinnliche vorweihnachtliche Tafel, bei der stets ein Vertreter aus dem kirchlichen Raum unser Gast ist.

Einblicke in die Arbeit der Senioren Union aus alten Bundesländern erhielten Vertreter unserer Senioren Union, die einer Einla-

dung zu einem Arbeitstreffen nach Braunschweig folgten.

Auf Veranlassung der Konrad-Adenauer-Stiftung in Wendgräben gab es Gesprächsrunden mit einer Gruppe aus Bochum und einmal mit einer Gruppe der Senioren Union Bocholt.

Es würde uns freuen, wenn wir mit dem Bericht über unsere Arbeit, Mitglieder der CDU, die das 60. Lebensjahr erreicht, bzw. überschritten haben, die nicht mehr berufstätig sind und Veranstaltungen ihrer Ortsverbände am Abend nicht mehr besuchen können, angesprochen und neugierig gemacht haben.

Verstärken sie unsere Arbeit, die Senioren Union Magdeburg steht Ihnen offen!

Rosemarie Arndt

Herzliche Glückwünsche

Juli: Rosemarie Arndt zum 77. Geburtstag
Georg Günther zum 72. Geburtstag
Karl von Huelsen zum 68. Geburtstag
Elmar Huschenbett zum 68. Geburtstag
Hanne-Lore Matthäus zum 66. Geburtstag
Eberhard Matthies zum 67. Geburtstag
Dr. Günter Blodig zum 65. Geburtstag
Wolfgang F. Braun zum 65. Geburtstag

August: Josef Danisch zum 89. Geburtstag
Günter Wedler zum 75. Geburtstag
Rudolf Evers zum 71. Geburtstag
Irmgard Oeltze zum 68. Geburtstag
Dr. Klaus Mildner zum 66. Geburtstag

September:

Margarete Danisch zum 86. Geburtstag
Elisabeth Brandt zum 84. Geburtstag
Helmut Trebs zum 83. Geburtstag
Luzie Kreutzer zum 82. Geburtstag
Dr. Alfred Jumar zum 80. Geburtstag
Dr. Joachim Graf zum 77. Geburtstag
Dieter Scholz zum 75. Geburtstag
Josef Jirka zum 71. Geburtstag
Rolf Gärtner zum 69. Geburtstag
Frank Steinmüller zum 67. Geburtstag

Gedenken an das Hitler-Attentat am 20. Juli 1944



Wie es bereits eine gute Tradition geworden ist, versammelten sich am 20. Juli diesen Jahres über 200 Menschen an der Gedenkstelle für den gebürtigen Magdeburger Henning von Tresckow. Eingeladen hatte neben der Landeshauptstadt Magdeburg, das Verteidigungsbezirkskommando

82 der Bundeswehr unter Oberst Kleysler und die Otto-von-Guericke-Universität. Neben zahlreichen Vertretern aus Politik, Militär, Hochschulen und Verwaltung war es besonders erfreulich, dass sich zahlreiche Bürgerinnen und Bürgern eingefunden hatten, um dem 60sten

Jubiläum des Attentats auf Hitler durch die Verschwörer des 20. Juli zu gedenken.

Die Veranstaltung erfuhr durch die Anwesenheit der Tochter von Henning von Tresckow sowie von weiteren Verwandten der am Umsturzversuch beteiligten Offiziere eine besondere Würdigung. In seiner Rede erinnerte Oberst Kleysler daran, welchen Mut es von den beteiligten Offizieren erforderte, entgegen ihrer preußischen Prägung und gegen ihren Fahneid zu handeln.

Die CDU Magdeburgs war unter anderem durch den CDU-Kreisvorsitzenden und den Vorsitzenden der CDU-Landtagsfraktion Jürgen Scharf, den CDU-Landtagsabgeordneten Dieter Steinecke, den Mitgliedern der CDU-Ratsfraktion Thomas Kilian und Thomas Veil sowie den stellv. CDU-Kreisvorsitzenden Wilfried Köhler vertreten.

Welche Folgen ein erfolgreiches Attentat gehabt hätte wird ungeklärt bleiben. Es ist aber Tatsache, dass in der Zeit vom 20. Juli 1944 bis zum Kriegsende mehr Menschen starben als in den gesamten Kriegsjahren des 2. Weltkriegs zuvor.

Bei der anschließenden Gedenkveranstaltung in der Johanniskirche hielt die ehemalige Staatsministerin im Auswärtigen Amt, Dr. Hildegard Hamm-Brücher, einen Vortrag zu den Auswirkungen des Anschlags auf die Bundesrepublik Deutschland. Dabei erläuterte sie auch die verschiedenen Erinnerungskulturen an den Widerstand in der alten BRD und in der DDR. Eindringlich machte sie auf die Verantwortung jedes Einzelnen aufmerksam, Demokratie und die Rechtsstaat zu verteidigen.

Tobias Krull

Mitglied im Verband der Reservisten der Deutschen Bundeswehr e.V.

Junge Union Magdeburg erkundet Ruhrgebiet

Vom 02. bis zum 04.07.2004 besuchten Vertreter der Jungen Union Magdeburg den JU Kreisverband Recklinghausen. Bereits vor rund einem Jahr waren Mitglieder dieses Kreisverbandes in der Landeshauptstadt Magdeburg zu Gast.

Am Freitagabend stand das gegenseitige Kennenlernen während eines Kneipenbesuches im Mittelpunkt. Als erster Punkt am folgenden Tag stand der Besuch eines Steinkohlebergwerks auf dem Programm. Nach einer rund einstündigen Einführung in die theoretischen Grundlagen des modernen Bergbaus sowie einer Belehrung über die relevanten Sicherheitsvorschriften ging es auf mehr als 1100 Meter unter die Erdoberfläche. Mit Hilfe der Grubenbahn ging es dann zu den eigentlichen aktuellen Abbaustellen der dort gewonnen Steinkohle. Doch bevor man diese erreichte, galt es noch eine Wegstrecke unter Tage zu bewältigen. Das auf und ab der Strecke und die ungewohnte Wärme in dieser Tiefe



verlangten von allen Besuchern erhebliche körperliche Anstrengungen.

Nach einer kurzen Ruhepause ging es dann zum CentRO nach Oberhausen. Dieses riesige Einkaufszentrum (ca. fünffache Größe des Allee-Centers) mit angeschlossenen Freizeitpark beeindruckte allein durch seine

Dimensionen. Seit der Fertigstellung dieser Anlage sind aber auch im gesamten Ruhrgebiet negative Auswirkungen auf den traditionellen Einzelhandel festzustellen. Eine geplante Erweiterung dieses "Einkaufsparadieses" stößt somit auf erhebliche Bedenken in Teilen der Bevölkerung.

Zum Abschluss ging es auf den umgebauten Gasometer in unmittelbarer Nähe des CentRO. Von diesem über 100 Meter hohen Industriegebäude hat man eine unvergleichliche Aussicht über praktisch das gesamte Ruhrgebiet.

Am Abreisetag trafen sich alle Beteiligten zum gemeinsamen Brunch, wobei ein erneuter Besuch der JU Recklinghausen in Magdeburg spätestens zum Stadtjubiläum im Jahr 2005 vereinbart wurde.

Im Namen des gesamten Kreisverbandes der Jungen Union Magdeburg möchte ich allen fleißigen Organisatoren und Helfern danken, insbesondere gilt dieser Dank der Kreisvorsitzenden der JU-Recklinghausen, Britta Kölnberger. Der Kontakt zwischen den beiden Kreisverbänden der Jungen Union basiert auf persönliche Verbindungen zwischen dem Kreistagsmitglied Britta Kölnberger und dem Autor im Rahmen ihrer kommunalpolitischen Arbeit.

Tobias Krull
JU-Mitglied

Tierheimneubau bleibt auf der Tagesordnung

Der Magdeburger Tierschutzverein von 1893 e.V. veranstaltete auch dieses Jahr wieder sein Sommerfest. Höhepunkt der Wettbewerbe: "Der schönste Hund". Hier galten jedoch weniger die sonstigen starren Züchterregeln, sondern eine ehrenamtliche Jury urteilte mehr oder weniger nach den persönlichen Vorlieben.

Wie es bereits gute Tradition ist, war neben anderen Vertretern des öffentlichen Lebens auch die CDU wieder stark vertreten. So waren im sechsköpfigen Preisgericht der CDU-Stadtrat Gunter Schindehütte, die CDU-Stadträtin Claudia Isensee (Wanzleben) und Fraktionsassistent Tobias Krull vertreten.

Im Anschluss an die Prämierung des schönsten Hundes diskutierten die Vertreter der verschiedenen Stadtratsfraktionen über die Zukunft bzw. den Neubau des Magdeburger Tierheimes. Sowohl SPD als auch Bündnis90/DieGrünen glänzten durch Abwesenheit und fehlten daher auf dem Podium.

In der Diskussion wurden die Probleme des jetzt vorgesehenen Standorts im Bereich der alten Spaltanlage in Rothensee als auch die damalige Stadtratsentscheidung gegen den Standort Thauberg besprochen.

Für die CDU-Ratsfraktion machte Stadtrat Gunter Schindehütte deutlich, dass sich die Ratsfraktion selbstverständlich für den sachlich notwendigen Neubau eines Tierheimes einsetzen wird. Über den zukünftigen Betrieb soll zu einem späteren Zeitpunkt nachgedacht werden, insbesondere sollen die dabei in Magdeburg ansässigen Tierschutzvereine mit in die Entscheidung einbezogen werden.

*Tobias Krull
Fraktionsassistent
der CDU-Ratsfraktion*

Bundeswehr leistet Aufbauhilfe in Bosnien



Blick auf das beschauliche Mostar. Doch der Schein trügt. Die Wunden des Bürgerkrieges sind noch nicht verheilt. Der Graben zwischen den ethnischen Gruppen ist tief. Im Bild unten gepanzerte Fahrzeuge nach Unruhen in Prizren.

Im Feldlager Rajlovac, nordwestlich von Sarajevo, sind rund 1000 Soldaten der Bundeswehr im Einsatz. Zusammen mit Italienern und Franzosen leisten sie im Rahmen von SFOR dort ihren Dienst.

Die Hauptaufgaben sind:

- einsammeln von Waffen in der Bevölkerung
- Aufbau ziviler Infrastruktur
- Sicherung der Rückkehr und Wiederansiedlung von Flüchtlingen
- Auseinandersetzungen der ethnischen Gruppen verhindern.

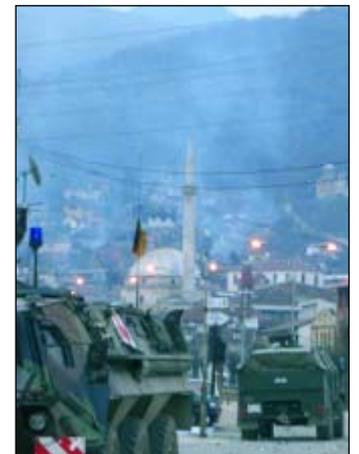
Rajlovac liegt auf einer Ebene umgeben von Bergen. Jetzt in den Sommermonaten brennt die Sonne gnadenlos und es findet sich kaum ein schattiges Plätzchen, Sonnencreme ist deshalb unverzichtbar. Eine echte Gefahr geht allerdings von den noch immer weit verbreiteten Minen aus. Bis zu 1,2 Millionen sollen es noch sein. Neben neu gebauten und renovierten Häusern sind immer noch Kriegsrüinen, die von erbitterten Gefechten zwischen den Ethnien (Serben, Kroa-

ten, Bosniaken) zeugen, sichtbar. Die einst intakte Wirtschaft ist zusammengebrochen, deswegen herrscht eine bedrückende Arbeitslosigkeit von etwa 40 Prozent.

Neben den Einsatzkräften gibt es auch die Unterstützungskräfte zu denen ich gehöre.

Meine Tätigkeit beinhaltet das Instandsetzen von Stromerzeugern und Klimaanlagen im Bereich des gesamten Deutschen Einsatzkontingentes. Zur Unterstützung steht mir ein weiterer Kamerad zur Seite.

*Andreas Sommer
Soldat,
z.Z. in Rajlovac, Bosnien*



Bernd Heynemann bärenstark für UNICEF

Der Spendenaufruf von UNICEF für das Impfen der Kinder in Afrika ist in Magdeburg durch das Zusammenwirken einzelner Firmen und Personen positiv aufgenommen worden. Für den Magdeburger CDU-Bundestagsabgeordneten Bernd Heynemann war es ein persönliches Anliegen hierbei mitzuwirken.

Der Gedanke wurde geboren, den Wappenbären von Sachsen-Anhalt in groß zu gießen, zu bemalen und dann zu versteigern. Für Bernd Heynemann stand fest, es muss ein Schiedsrichterbär werden.

Die 15 bemalten Bären wurden im Kaufhaus Karstadt ausgestellt und nach 14 Tagen versteigert.

Die UNICEF-Helfer hatten nicht mit einem so durchschlagenden Erfolg gerechnet, denn es kamen über 13.400 Euro zusammen. Dieses Geld konnte ohne Abzüge dem Kinderimpfprogramm zur Verfügung



gestellt werden.

Bernd Heynemann erreichte nach dem Hallenser Schauspieler Peter Sodann, das zweithöchste Gebot und freute sich mit Frau Kleinert von

UNICEF über den 1.750,00 Euro "teuren" Schieri-Bär.

Pünktlich zur Fußball-EM 2004 stand dieser Bär beim Ersteigerer im "Flora-Park". *B. Heynemann, MdB*

Herbert Jellinek zieht Fäden von Biederitz nach Rumänien Partnerschaft mit Siebenbürger Sachsen wird aufgebaut

Unionsfreund Herbert Jellinek besuchte mit einer Abordnung aus seiner Heimatgemeinde Biederitz bereits zum zweiten Mal die evangelische Gemeinde der Siebenbürger Sachsen in Petersdorf, Rumänien.

Trotz eines großen Aderlasses unter diesen Landsleuten gegen Ende des Zweiten Weltkrieges als fast alle deutschstämmigen Siebenbürger im Alter von 15 bis 45 Jahren in die Sowjetunion deportiert wurden, hat sich diese Volksgruppe ein Zusammengehörigkeitsgefühl bewahrt und es wird altes Brauchtum sorgfältig gepflegt. So zeigte eine Tanzgruppe des Dorfes den Gästen aus Deutschland ihr Können und sang zum Abschluss der Darbietungen deutsche Volkslieder.



Das rumänisch-orthodoxe Kloster Ramet. Fotos: Herbert Jellinek

sie später einmal bessere Berufschancen, etwa als Mitarbeiter bei deutschen oder österreichischen Zweigbetrieben in Rumänien haben. Rumänien erwartet seinen Beitritt zur Europäischen Union im Jahr

der evangelischen Gemeinde in Petersdorf und der rumänisch-orthodoxen Kirche entwickelt sich nach Eindruck der Biederitzer Besucher, unter ihnen der Biederitzer Pfarrer Wunsch, sehr erfreulich.

So war es selbstverständlich, dass auch ein Besuch in dem rumänisch-orthodoxen Kloster Ramet nördlich von Weißenburg (Bild oben) erfolgte, das male- risch in den Bergen der Karpa- ten liegt.

Finanzielle Unterstützung zur Stärkung der begonnenen Partnerschaft zwischen den evangelischen Gemeinden in Biederitz und Petersdorf ist höchst willkommen. Interessenten wenden sich an:
Ev. Pfarramt Biederitz,
Breite Str. 31,
39175 Biederitz,
Tel. 039292/2246.

Herbert Jellinek



Im Bild die deutsche Abteilung des Kindergartens in Peterdorf, in der den Kindern die deutsche Sprache vermittelt wird, damit

2007 und rechnet anschließend mit großzügiger Aufbauhilfe aus Brüssel. Die Zusammenarbeit zwischen

Führungswechsel in Sudenburg

Herbert Becker heißt der neue Vorsitzende des CDU-Ortsverbandes Sudenburg. Der 62-Jährige löst Klaus-Dieter Theise ab, der dieses Amt vier Jahre lang inne hatte. Theise bleibt dem Ortsverband aber weiterhin als stellvertretender Vorsitzender erhalten. Ebenfalls zur Stellvertreterin gewählt wurde Silke Buschmann. Die Funktion der Beisitzer üben in den nächsten beiden Jahren Eberhard Seifert, Frank Klinge und Prof. Dippe aus. Beisitzer mit der Funktion des Pressesprechers ist künftig Andreas Kern.

Der neue Vorsitzende Herbert Becker sagte, dass er vor allem das politische Profil des CDU-Ortsverbandes Sudenburg schärfen und jüngere Menschen an die politische Verantwortung heran führen möchte. Schon mit Blick auf die Kommunalwahl 2009 sollen Schwerpunkte gesetzt und programmatische Aussagen getroffen werden. "Wir müssen ein Motor der CDU Magdeburg sein und in unserem Bereich einen Beitrag dazu leisten, dass unbefriedigende Abschneiden bei der Kommunalwahl wett zu machen." Es müsse verstärkt auch der Dialog mit nicht parteigebundenen Bürgern gesucht werden. Außerdem sprach er sich für eine stärkere Vernetzung der Gremien im Kreisverband aus. Becker: "Nur gemeinsam können wir unser Ziel erreichen, die bestimmende Kraft in Magdeburg zu werden."



Tore • Türen • Zäune • Geländer • NORMSTAHL - Garagentore • Schlosserarbeiten



Zaun- & Metallbau Marko Ehwe, Babelsberger Straße 5, 39114 Magdeburg
Telefon: 0391 8520152, Telefax: 0391 8520153, Funk: 0171 5174174, www.ehwe.de

Zaun- & Metallbau Marko Ehwe

Metallbaumeister • Europaschweißfachmann • Mitglied der Metallbauer-Innung Magdeburg

Saarlandwahl: Rückenwind für Sachsen und Brandenburg

Der Sieg der Saar-CDU ist Rückenwind für die Wahlkämpfer in Sachsen und Brandenburg am 19. September und bei der Kommunalwahl in Nordrhein-Westfalen eine Woche später. Die CDU-Bundesvorsitzende Angela Merkel zog aus dem Wahlausgang den Schluss, dass die Union den einmal beschrittenen Weg für Veränderungen fortsetzen werde. Dabei müsse den Menschen jedoch stets die Perspektiven dieser Politik für mehr Arbeit und nachhaltiges Wachstum vor Augen geführt werden. Die Haushaltslage zeige einmal mehr, dass Rot-Grün nur auf Kosten der künftigen Generationen wirtschaftete. Anstatt den Menschen Verlässlichkeit und Vertrauen zu bieten, werde augenscheinlich, dass die Regierung ihre Politik nur auf Sand baue. Der saarländische Ministerpräsident Peter Müller freute sich darüber, vom Wähler eine "Vertragsverlängerung für fünf Jahre"

erhalten zu haben. Er erinnerte daran, dass das Saarland früher eine "uneinnehmbare Trutzburg der Sozialdemokraten" gewesen sei. Deshalb hätten 1999 viele gesagt, der Wahlerfolg sei nur eine "Eintagsfliege". Stattdessen habe die CDU auf hohem Niveau noch einmal zugelegt. Der saarländischen SPD bescheinigte Müller "eine dramatische Situation des Verfalls". So habe sich SPD-Spitzenkandidat Heiko Maas nicht entscheiden können zwischen seinem Wahlkampfberater Lafontaine und seinen Wahlkampfhelfern aus der Bundespartei. Wahlkämpfer Peter Müller hatte bereits 1999 auch gegen Widerstände in den eigenen Reihen den Ausstieg des Saarlands aus dem Steinkohlebergbau angekündigt. Dabei ist jedoch stets klar gewesen, dass Ministerpräsident Peter Müller für die Schaffung neuer Arbeitsplätze kämpfen werde. Dieser Einsatz

hat bis heute zur Entstehung von 40.000 neuen Stellen geführt. Während dieses Umstrukturierungsprozesses konnten die Menschen beobachten, dass Veränderungen nicht nur Nachteile bringen, sondern dass auch positive Signale für die Zukunft gesetzt werden können.

Die CDU-Vorsitzende Angela Merkel sagte nach der gewonnenen Wahl, mit diesem komfortablen Wählervotum könne er nun daran gehen, seine "erfolgreiche Arbeit als Ministerpräsident fortzusetzen". Der Sieg der Saar CDU zeige, dass man mit "Mut und Klugheit, vor allen Dingen aber mit Wahrhaftigkeit" Wahlen mehrmals hintereinander gewinnen könne. Zu diesem klaren Erfolg habe auch beigetragen, dass die Landesregierung den Menschen stets den Nutzen der notwendigen Veränderungen erklärt habe, betonte Merkel.

Die CDU-Vorsitzende sagte weiter, dass es sich die SPD zu einfach mache, wenn sie ihr Wahldebakel allein auf Oskar Lafontaine schiebe. "Das eigentliche Problem besteht darin, dass sich die Spitze der Sozialdemokratie nicht entschieden von Lafontaine abwendet, sondern unsicher, zerfranst und zerfasert ist, ob nicht doch ein Stückchen Wahrheit an den Positionen von Lafontaine ist", erklärte Angela Merkel. Deshalb wüssten die Menschen überhaupt nicht mehr, "woran sie sich halten sollen". Dies und das Chaos bei der Umsetzung der Reformen habe letztlich zu den dramatischen Verlusten der Sozialdemokraten geführt. Mit Spannung bleibt abzuwarten inwieweit der Auftrieb der Saarlandwahl auch bei den Unionsfreunden in Sachsen und Brandenburg am nächsten Wahlsonntag anhält.

Wilfried Köhler

RAMADA HOTEL MAGDEBURG



RAMADA



Unsere Highlights für Sie

- 20.09.-03.10. Oktoberfest mit orig. Oktoberfestbier u.v.m.
- 25.09.2004 „1. Magdeburger Hochzeitsball“
Musik und Show, EUR 39,- p.P.
- 25.09.2004 Candle Light Dinner für 20,- EUR p.P.
- 19., 26.09. Tanztee für Junggebliebene
- 3., 10., 24., 31.10.2004 Tanztee für Junggebliebene
- 10.10.2004 Oktoberfestbrunch 16,- EUR p.P.
- 22.10.2004 „Ottersleber Herbstball“ mit Rrntedankbuffet,
Begrüßungsgetränk und Band
- 30.10.2004 Candle Light Dinner für 20,- EUR p.P.
- 01.-28.11. Herbstklassiker-Aktion der RAMADA Hotels
- 7.11.2004 Tanztee für Junggebliebene
- 11.11.2004 Traditionelles Martinsgansessen
12.-14.00 Uhr, ab 18.00 Uhr im Seeparkrest.
- 27.11.2004 Candle Light Dinner für 20,- EUR p.P.
- 28.11.2004 Brunch zum 1. Advent für 19,50 EUR p.P.
- 28.11.2004 Tanztee für Junggebliebene

RAMADA HOTEL MAGDEBURG

Hansapark 2 · 39116 Magdeburg · Tel. (03 91) 63 63-0 · Fax (03 91) 63 63-550
E-Mail: magdeburg@ramada-treff.de · www.ramada-treff.de

EVERYTHING EXCEPT EXCESS.™